

26.11.2012

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Putzhilfen-Bonus: Ein neues Element im familienpolitischen Chaos

Begründung

Wie die Tageszeitung „Die Welt“ am 26. November 2012 berichtet, will die CDU bundesweit einen „Putzhilfe-Bonus“ einführen. Familienministerin Christina Schröder wolle so dem Fachkräftemangel begegnen. Gegenüber dem „Focus“ habe, so der Bericht weiter, die Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigt, dass man sich auf einen Antragsentwurf für ein Gutscheinmodell geeinigt habe. Demnach sollten diejenigen, die in den Beruf zurückkehren möchten, bis zu 18 Monate lang eine Förderung erhalten, mit der sie 15 Stunden bis zu 6 Euro pro Stunde finanzieren können.

Nachdem die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag das vermutlich verfassungswidrige Betreuungsgeld beschlossen hat, soll sich nun eine neue Maßnahme in den Reigen widersprüchlicher Familienleistungen einfinden: Während mit dem Betreuungsgeld für fast 2 Milliarden Euro ein Anreiz für Mütter geschaffen wird, ihr Kind zu Hause zu betreuen, soll nun ersten Berechnungen zufolge für rund 1 Milliarde Euro für Mütter ein Anreiz gesetzt werden, früh in den Beruf zurückzukehren.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Beschäftigungsformen durch die „Fördergutscheine“ verfestigt werden. Es erscheint höchst zweifelhaft, dass durch diese Maßnahmen reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen entstehen. Viel wahrscheinlicher ist die Entstehung von mehr Minijobs, die laut dem ersten Gleichstellungsbericht einen erheblichen Beitrag zur Entstehung von Altersarmut leisten.

Damit ist die Situation für Familien vollends absurd: Neben den Mangel an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige stellt Schwarz-Gelb einen Anreiz, solche Leistungen nicht wahrzunehmen und die Kinder selbst in Vollzeit zu betreuen. Als Krönung soll mit einem Bonus für

Datum des Originals: 26.11.2012/Ausgegeben: 26.11.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Putzhilfen ein Anreiz geschaffen werden, das Fachkräftepotenzial bei jungen Frauen zu heben.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat sich mehrfach dafür ausgesprochen, Kräfte und finanzielle Mittel auf den Ausbau eines bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots zu konzentrieren. Die Landesregierung hat erhebliche Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Der Bund sollte sich hieran finanziell stärker beteiligen, statt immer neue familienpolitische Leistungen zu erfinden.

Der Landtag muss diesen neuen Vorstoß zum „Putzhilfen-Bonus“ beraten.

Norbert Römer
Marc Herter

und Fraktion

Reiner Priggen
Sigrid Beer

und Fraktion